



Endlager-Governance und ihre komplexen Randbedingungen

Sophie Kuppler und Stefanie Enderle, 18.05.2026
 Ringvorlesung Kernenergie und Brennstoffkreislauf, Hannover / online

Einführung

In vielen Ländern können oder konnten Proteste gegen Versuche beobachtet werden, einen Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle festzulegen.

- Die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland war erfolgreich (Ott 2014: 240f)
- Neustart in der deutschen Endlagerpolitik:
 - StandAG schreibt Standortauswahlverfahren vor
 - Gründung neuer Institutionen und des Nationalen Begleitgremiums
 - Neues „Behördenhandeln“ (Kirchhof et al. 2023)
 - Trotzdem noch konfliktbehaftet!

Herausforderung Konflikte



Was ist ein soziotechnischer Konflikt?

Definition

Auseinandersetzungen zwischen Akteuren, die sich auf technische Projekte beziehen, Problemlösungsräume und Zukunftsvisionen beeinflussen und sich im Laufe der Zeit entfalten.

1 | Keine neutrale Technologie

Technologien sind eingebettet in soziale, politische und kulturelle Kontexte (Saretzki 2010)

2 | Technologien entstehen sozial

Nutzerpräferenzen, Erwartungen und Machtverhältnisse prägen, was sich durchsetzt (Bijker/Pinch 1987)

3 | Konflikte als Systemphänomen

Entstehen an der Schnittstelle von alten und neuen Systemen (Geels/Schot 2007)

- Nicht die Technologie allein verursacht Konflikte – es ist das Zusammenspiel von Technik, Gesellschaft und Kontext.

Charakteristika soziotechnischer Konflikte

Drei Konfliktdimensionen (Saretzki 2010)

1 | Sachlich

Technische Risiken, Machbarkeit, unerwünschte Folgen
Wissenskonflikte: Wessen Expertise gilt?

2 | Sozial

Akteurskonstellationen: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft
Machtverhältnisse & Anerkennungskonflikte: Wer darf mitentscheiden?

3 | Prozedural

Entscheidungsprozesse, Legitimation, Partizipation
Reflexivität: Wer entscheidet über den Konflikt und wie?

Charakteristika soziotechnischer Konflikte

Drei Konfliktdimensionen (Saretzki 2010)

1 | Sachlich

Technische Risiken, Machbarkeit, unerwünschte Folgen
Wissenskonflikte: Wessen Expertise gilt?

2 | Sozial

Akteurskonstellationen: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft
Machtverhältnisse & Anerkennungskonflikte: Wer darf mitentscheiden?

3 | Prozedural

Entscheidungsprozesse, Legitimation, Partizipation
Reflexivität: Wer entscheidet über den Konflikt und wie?

4 | Mehrskaligkeit

Mikro – Meso – Makro
Konflikte spielen sich gleichzeitig auf mehreren Ebenen ab

5 | Zeitliche Verschränkung

Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft
Vergangene Konflikte prägen aktuelle Debatten.
Gegenwärtige Entscheidungen haben Einfluss auf zukünftige Generationen.

Konflikte im Standortauswahlverfahren

- StandAG und Endlagerkommission haben bewiesen, dass eine produktive Auseinandersetzung mit dem deutschen Entsorgungskonflikt bis zu einem gewissen Grad machbar ist - auch über die alten Konfliktlinien hinaus (Grunwald 2016, Kamlage et al. 2019, Brohmann et al. 2021).
- Es müssen nicht alle Konflikte gelöst werden, um einen Arbeitskompromiss zu finden (Kuppler 2017).
- Konfliktbearbeitung konzentriert sich auf wenige Konfliktarten (Kuppler & Bechthold 2022).
- Komplexe Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen involvierten Akteur*innen vonnöten
- Was bedeutet Transparenz in der Praxis?



Konflikte im Standortauswahlverfahren

Drei Ziele im strukturellen Spannungsverhältnis:

Sicherheit

- Nicht nur technisch – auch kommunikativ und prozedural
- Entsteht durch Nachvollziehbarkeit und Vertrauen

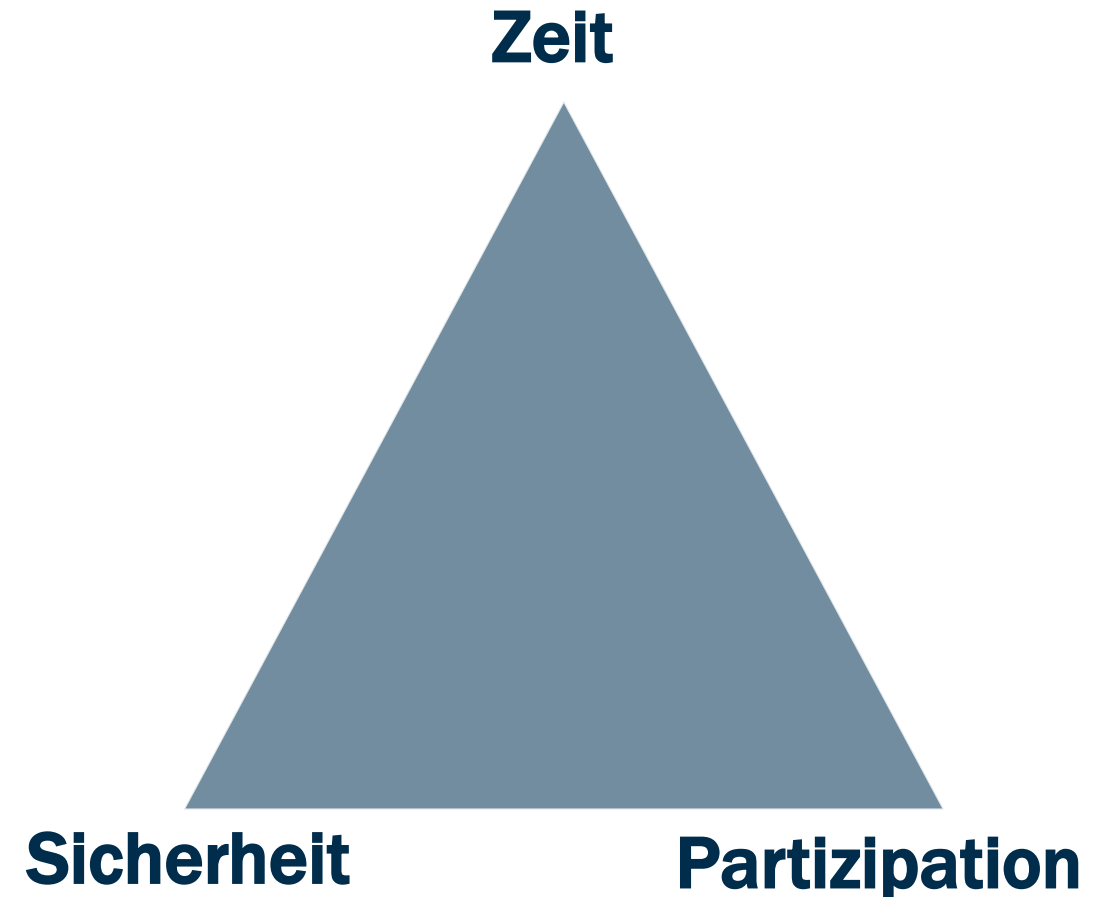
Partizipation

- Kann reflexiv oder instrumentell sein
- Unter Zeitdruck: eher formale Beteiligung – eingeschränkte Wirkung

Zeit

- Selbst Konfliktgegenstand: Wie viel Zeit darf das Verfahren brauchen?

Konflikte sind Ausdruck struktureller Spannungen im Verfahren



Die Beschleunigungs- debatte

Zeit

Zwischen Dringlichkeit und Gründlichkeit.

Technische Vereinfachungen – werden als Effizienzgewinn diskutiert oder als Qualitätsverlust ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage

Zeitdruck erhöht auch Druck auf Beteiligung – und kann sie dadurch in ihrer Wirkung einschränken

Beteiligung soll effizienter und strukturierter werden – die Gegenposition warnt: weniger Beteiligung unter Zeitdruck wird zur Scheinbeteiligung

Sicherheit

Beteiligung beeinflusst, wie Sicherheit verstanden und legitimiert wird

Nachvollziehbarkeit und Vertrauen sind Voraussetzung gesellschaftlicher Akzeptanz – und damit selbst Teil von Sicherheit

Partizipation

Konflikte als analytischer Zugang

Konflikte sind normal und unvermeidlich (Coser 1956)

- Moderne Gesellschaften: Vielfalt an Interessen, Werten und Lebensformen
- Technologien sind nie neutral – eingebettet in soziale, politische und kulturelle Kontexte (Saretzki 2010)

Funktionen von Konflikten (Coser 1973):

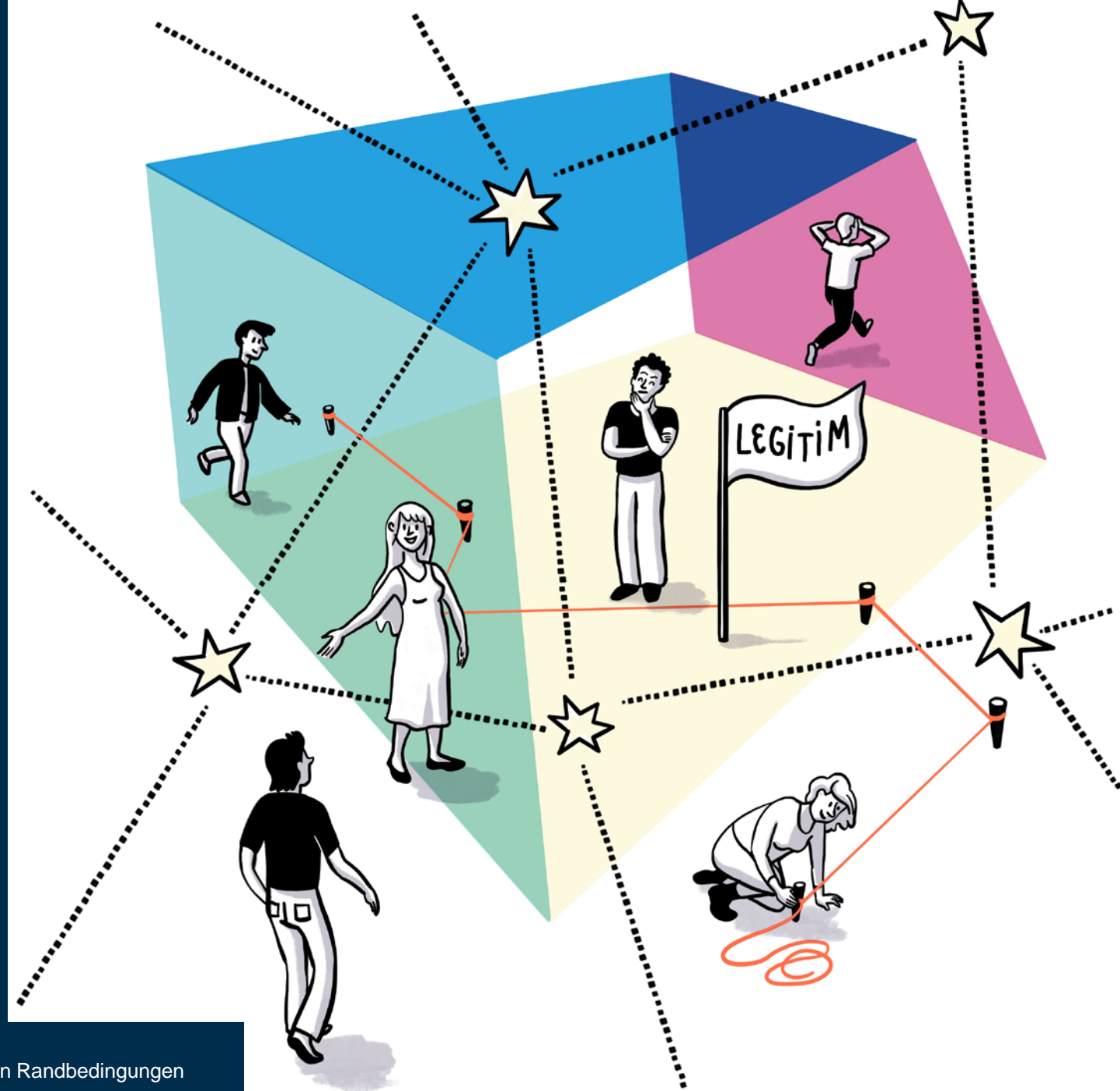
- Integrationsfunktion: Geklärte Konflikte können Gruppen und Verfahren stabilisieren
- Innovationsimpuls: Unterschiedliche Ziele treiben Veränderungen an
- Reflexionsanstoß: Sichtbarmachung von Dissens und blinden Flecken

Konstruktiv oder destruktiv?

- Blockierend: Verzögerung, Polarisierung, Vertrauensverlust
- Produktiv: Irritation bestehender Annahmen, Lernen, neue Lösungen

Nicht ob Konflikte auftreten, sondern wie damit umgegangen wird, ist entscheidend.

Governance



Der Governance-Begriff

„Government“: klassisches, formelles Regierungshandeln

- Partizipation durch Wahlen
- Probleme: plurale, fragmentierte Gesellschaft; Entscheidungen politischer Repräsentanten werden teilweise als nicht legitim bewertet; hohe Komplexität von zu lösenden Problemen; „Unregierbarkeit“

„Governance“: nicht-klassische Akteure werden, meist informell, sehr früh in die Entscheidungsfindung eingebunden

- Partizipation u.a. durch Dialog
- Mitsprache bei Fragen der Gestaltung von Partizipation
- gesteigerte Effizienz

Der Governance-Begriff

Governance als analytisches Konzept

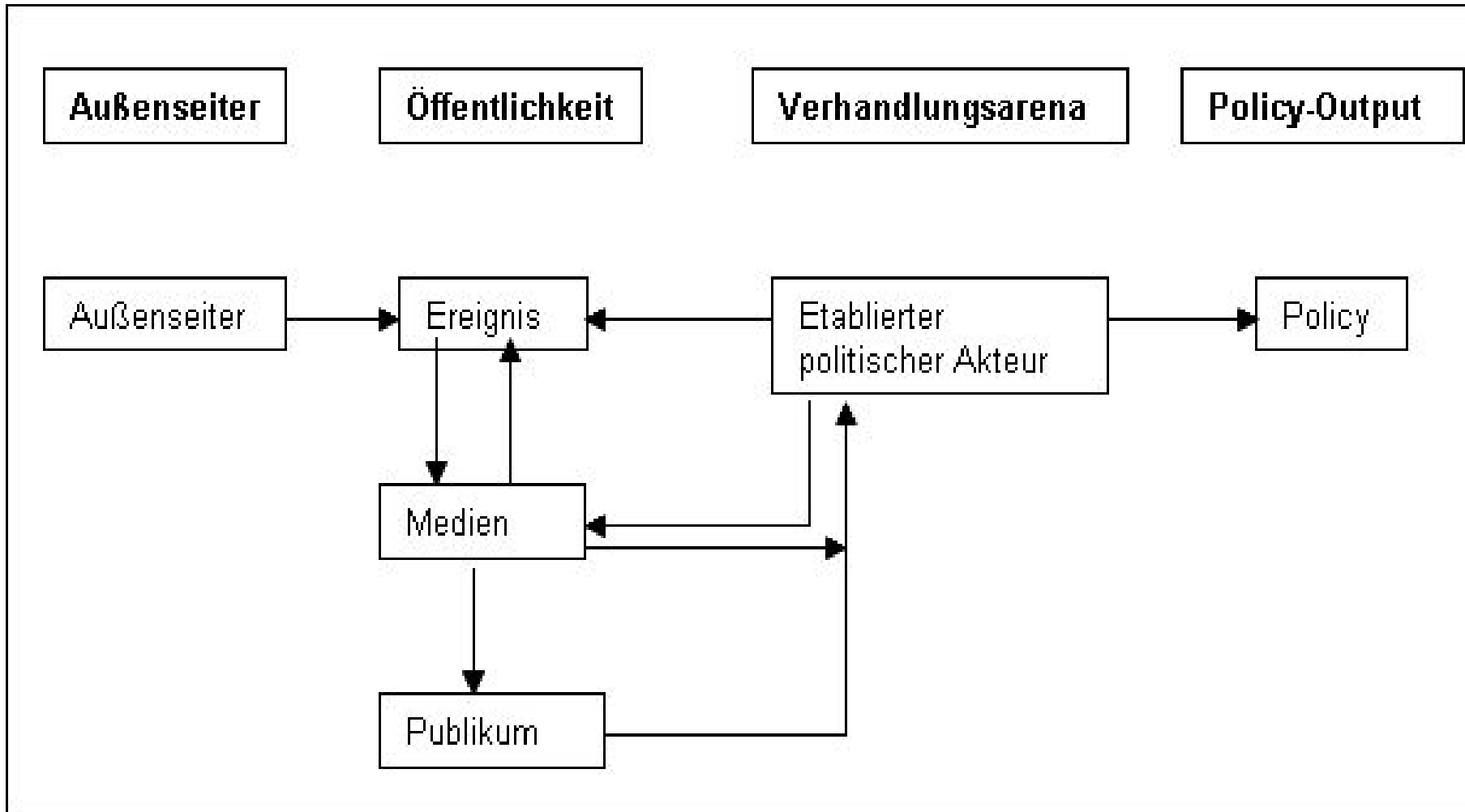
- „Interessenvermittlung“ in Form von Kooperation und Koordination zwischen vielen Akteuren sehr unterschiedlicher Art und Ausrichtung
- Der Staat nimmt sich zurück und gibt gleichzeitig seine Souveränität nicht auf
→ gerade nicht bei nuklearer Entsorgung!
- Staatlichkeit verschwindet nicht, da selbstverständliche Praxisformen moderner Gesellschaften meist staatlicher Verfasstheit bedürfen.

Warum Governance?

Gesellschaftliche Entscheidungsfindung

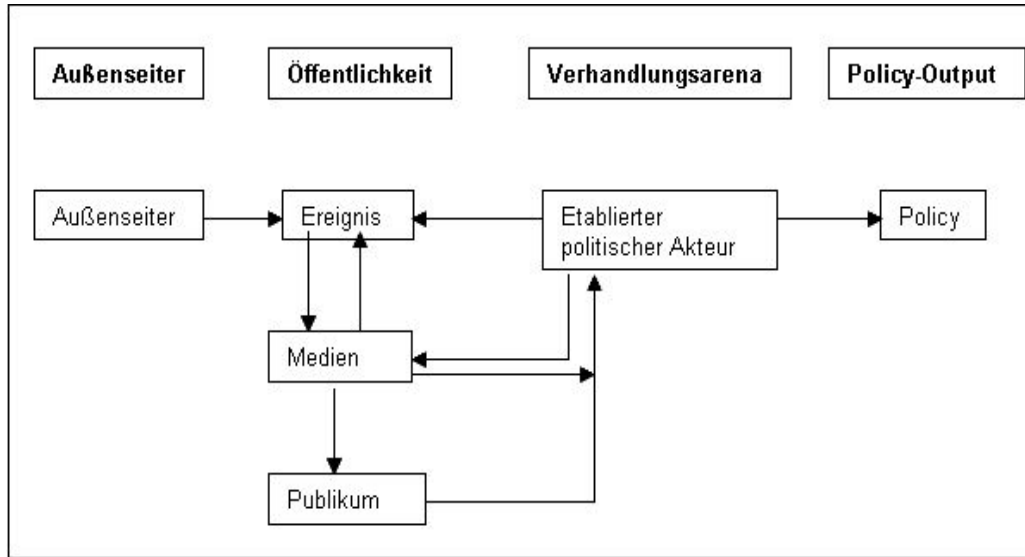
- Findet auf vielen verschiedenen Ebenen statt
- Ist nicht kontrollierbar
- Kann je nach Situation für verschiedene Akteure unterschiedlich offen oder geschlossen sein
- Wandelt sich auf verschiedenen Ebenen
- Hochkomplexe Interaktionen zwischen und Erwartungshaltungen von Akteuren
- Vielzahl von Akteuren mit berechtigten Interessen

Governance als Konzept – Grundmodell der Entscheidungsfindung



Interessenaggregation
und Entscheidungs-
vorbereitung

Governance als Konzept – was sichtbar ist und was nicht



- Mögliche Funktionalitäten in der Entscheidungsvorbereitung und -findung
- unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten: „etablierter Akteur“ / „nicht-etablierter Akteur“
- Zugang zum politischen Entscheidungszentrum
- Macht-Asymmetrien
- Unterschiede in der Ressourcenstärke

Governance als Konzept – theoretische Grundlagen

Sehr breite und vitale Debatte, vor allem in den (Politik-) Wissenschaften mit ihren unterschiedlichen „Denkschulen“

- Erhebliche Steigerung der Komplexität politischen Handelns (Akteurskonstellationen u. institutionelle Architekturen): Bedarf und Bedeutung von „Koordination“ und „Kooperation“ nehmen zu (s. dazu Grande 2012: 566-568)
- Governance-Netzwerke werden geprägt durch den zugrundeliegenden politischen Konflikt, Ziele und Präferenzen werden im Laufe des Prozesses gebildet (Grande 2012: 584)
- Durch Regulierung entstehen Erwartungen an Regieren, die reflektiert werden und zu Anpassungen führen: zirkulärer Zusammenhang (Haus 2010: 160)

Governance als Konzept – theoretische Grundlagen

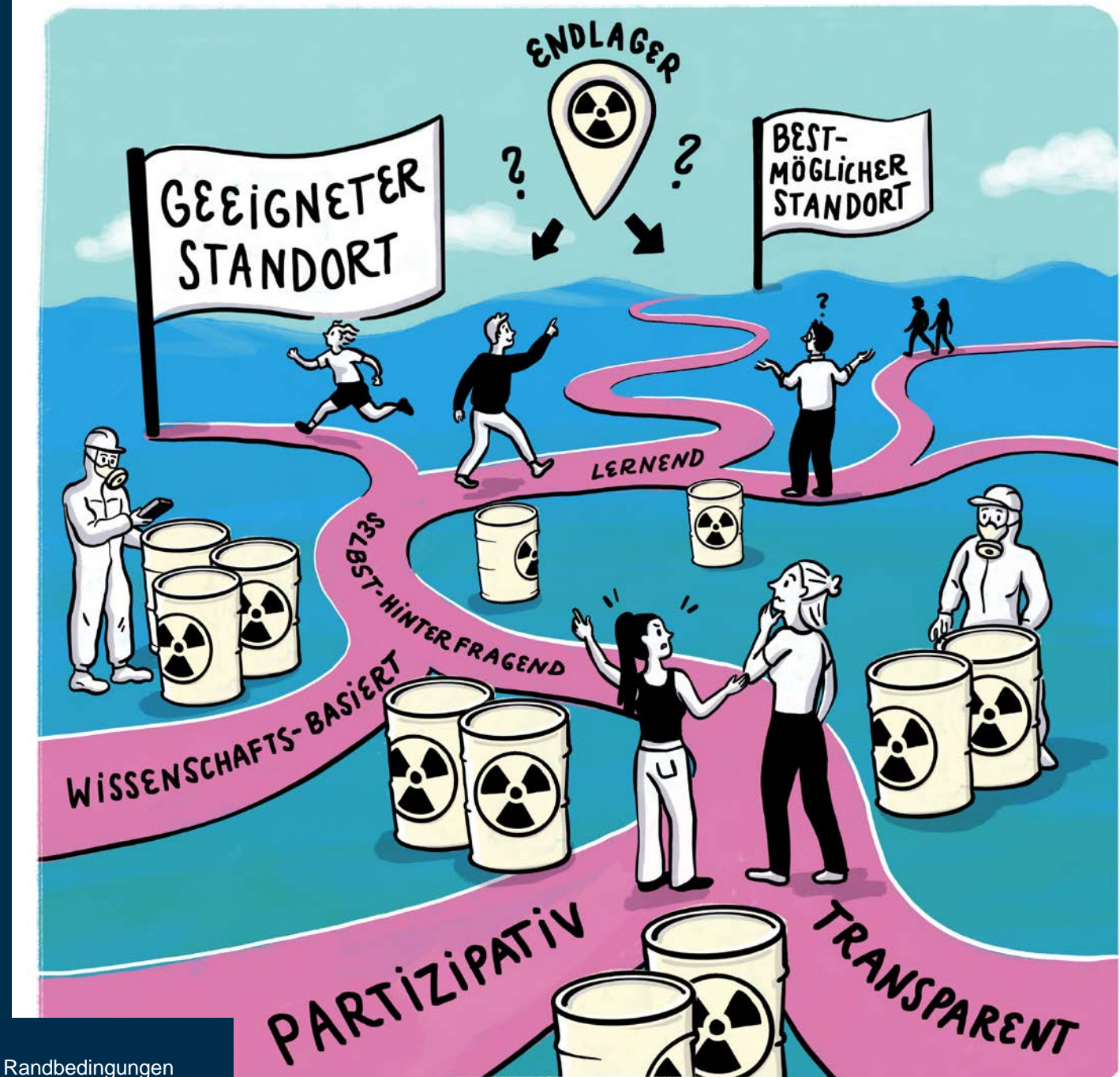
Vier Ebenen von Governance-Prozessen (Haus 2010)

- Steuerung: Effizienzfokus, funktionale Veränderungen in der Zusammenarbeit von Akteuren → funktionale Perspektive
- Gouvernamentalität: Pluralität im Diskurs, Möglichkeit der Definition alternativer Governance-Netzwerke
- Integration: Reflexion über „Leitideen von Staat und Gesellschaft“, Debatte über Input- und Output-Legitimität (was ist ein gutes Ergebnis, was ist ein guter Prozess)
- Regulation: Regulierung der Gesellschaft in einer von globalisierten, von ökonomischen Imperativen geprägten Welt

Governance als Konzept – was ist wichtig für die Analyse der Endlagerpolitik?

- Politische-konzeptionelle Idee, die den Fokus auf die Qualität und Organisation der Einbindung nicht klassischer politischer Akteure in Entscheidungsprozesse analysiert
- Einführen von Kooperation und Koordination als essenzielle Dimensionen
- Erwartungen an die Politik und an Beteiligungsmöglichkeiten werden im öffentlichen Diskurs artikuliert, ebenso werden dort Handlungsspielräume für politisches Handeln ausgelotet

Endlager-Governance



Ein langer Prozess der Entsorgung hochradioaktiver Abfälle



Phase I Ermittlung von Teilgebieten

Bestimmte Standortregionen ermitteln

Es gibt klar definierte Kriterien dafür, wie ein geeigneter Standort für ein Endlager beschaffen sein muss. Endlagergebiete etwa fallen aus dem Suchverfahren heraus. Die übrigen Gebiete werden daraufhin überprüft, ob sie bestimmte Mindestanforderungen erfüllen.

Das Verfahren muss von zentraler Sicht aus Kreislauf- (BGR) Störfall- oder Trogstörfall umgeben und durch mindestens 300 Meter weites Gestein von der Erdoberfläche getrennt sein.

Für die zentrale Sicht, die Ermittlung von Teilgebieten (§10) werden vorhandene geologische Daten für das ganze Land gesammelt und ausgewertet.

Diese erste Schritt ist abgeschlossen; am 28.9.2020 hat die BGE den Zwischenbericht in Gebiete veröffentlicht, 90 Teilgebiete wurden ermittelt.

Lesen Sie zu Karte mit den Teilgebieten

Phase II Überflügelte Erkundung

Überflügelte Erkundung und Vorschlag für die unterflügelte Erkundung (§15)

In der potentiell geeigneten Standortregion finden vor Ort Erkundungsbohrungen und seismische Messungen statt, um ein genaueres Bild des Untergrundes zu bekommen.

Die Ergebnisse werden ausgewertet und geeignete Vorkandidat-Regionen werden ausgeschlossen.

Phase III Unterflügelte Erkundung

Unterflügelte Erkundung (§16) mit abschließendem Standortvergleich und Standortvorschlag (§18)

Voraussetzung werden an mindestens zwei Standorten Erkundungsbohrwerke gebaut, damit unter Tage das Gestein im Bohrloch, außerdem das unterirdische Verhalten geprüft werden kann.

Die BGE bewertet die Ergebnisse aus den Untersuchungen sowie aus den Befragungen der Bevölkerung und schlägt den Endlagerstandort vor. Ob der Standortvorschlag angenommen wird, entscheidet der Deutsche Bundestag per Gesetz (§20).

Öffentlichkeitsbeteiligung

hier findet statt

Fachkonferenz Teilgebiete

Informations- und Austauschforum zwischen den Interessierten der BGE, Wissenschaftler, Regionalpolitikern, Bürgerinnen und Bürgern sowie den Verantwortlichen der Bundesländer.

Dieses Forum der Öffentlichkeitsbeteiligung ist bereits abgeschlossen (Phase I, 3. Beratungsperiode im Juni 2021 (§9)).

Infoplattform

Die Infoplattform Endlager.org wurde eingerichtet als Möglichkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger sich umfassend zu informieren.

Wesentliche Unterlagen werden hier kostenfrei zur Verfügung gestellt (§9).

Rat der Regionen

Fachkonferenz Rat der Regionen (§11): In der Rat der Regionen erörtern die betroffenen Regionalpolitiker und Experten die verschiedenen Aspekte des Endlagers. Die Rat der Regionen begleitet das Auswahlverfahren aus überregionaler Perspektive bis dessen Ende. Hier ist Raum, um verschiedene Interessen der Standortregionen zu verhandeln.

Forum Endlagersuche

Forum Endlagersuche: Dieses Forum wird im Verlauf der Phase I als Dialog- und Vernetzungsinstrument zu aktuellen Themen rund um die Endlagersuche eingerichtet. Es findet zweimal im Jahr 2022 statt und soll weiteren Vorträgen dienen. Außerdem werden die Regionalpolitiker eingeladen, werden. Es ist offen für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Möglichkeit des Programms ist möglich.

Hier gibt es mehr Infos, sowie die offizielle Einladung und Anmeldung zum Forum

Regionalkonferenzen

Regionalkonferenzen werden in allen Standortregionen eingerichtet, sie bleiben solange bestehen, bis die jeweilige Region aus dem Auswahlverfahren ausscheidet (§10). Teilnehmen können alle Bürgerinnen der jeweiligen Standortregion. Die Regionalpolitiker legen den diesbezüglichen Beschluss vor. Sie informieren die Öffentlichkeit in ihrer jeweiligen Standortregion, können wissenschaftliche Unterstützung anfordern, um eigene Gutachten erstellen zu lassen und können die Untersuchungsergebnisse der BGE nachvollziehen. Die Regionalpolitiker unterstützen die BGE bei der Ermittlung der Endlagerstandorte, ausgewählter sind, an der abschließenden Standortverteilung teilzunehmen und sich beteiligen.

Was ist das Standortauswahlverfahren?

Das Ziel des Standortauswahlverfahrens ist die Ermittlung der Rechtskraft von Akten aus den deutschen Atomkraftwerken in einen tiefen geologischen Endlager.

Innerhalb des Verfahrens soll ein langjähriges Verfahren ein Standort für ein solches Endlager mit der höchsten Sicherheit der zu errichtenden Anlage (Oberflächenlager plus Behälter) ermittelt werden. Das Standortauswahlverfahren ist gesetzlich geregelt im Standortauswahlgesetz (StAWG, 2019/2017).

Im StAWG festgehalten sind insbesondere die Grundprinzipien des Standortauswahlverfahrens (wissenschaftlich, transparent, nachvollziehbar und fair) und die wesentlichen Schritte im Entscheidungsprozess (Phasen I, II, III, Entscheidung des Deutschen Bundestages nach jeder Phase).

Die ethische Entscheidung, wo das Endlager für hochradioaktive Abfälle errichtet werden wird, wird vom Deutschen Bundestag getroffen, indem ein Gebiete, verabschiedet wird, die die Kriterien erfüllen.

Welche Gremien und Akteure sind wichtig für das Standortauswahlverfahren?

BGE mbH

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist mit der Endlagersuche beauftragt. Sie versteht die Aufgaben, die mit der Ermittlung und Bearbeitung der Endlagerstandorte verbunden sind.

Die BGE mbH ist eine Tochtergesellschaft der Bundesländer und der Länder.

Die BGE mbH ist eine Tochtergesellschaft der Bundesländer und der Länder.

BASE

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung ist zuständig, sowohl für die Kontrolle des Endlagers als auch für die Bewertung der Endlagerstandorte.

Unabhängige Wissenschaft

Die unabhängige Wissenschaft ist ein zentraler Bestandteil des Standortauswahlverfahrens. Sie liefert wissenschaftliche Erkenntnisse und Empfehlungen an die BGE mbH und den Bundestag.

BMUV

Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Energie und Atomenergie ist für die Endlagersuche zuständig.

PFE

Das Planungsbüro für die Endlagersuche ist ein Institut der BGE, das die wissenschaftliche Begleitung des Verfahrens organisiert.

Deutscher Bundestag

Der Bundestag ist für die Entscheidung über den Standort des Endlagers zuständig. Er entscheidet über die Genehmigung des Endlagers nach Anhörung der Bundesländer und der Bevölkerung.



Einführung: Das Standortauswahlverfahren – aktueller Stand



Phase 1

Schritt 1
Weiße Landkarte

Identifizierung
von Teilgebieten

->
Zwischenbericht
Teilgebiete
09/2020

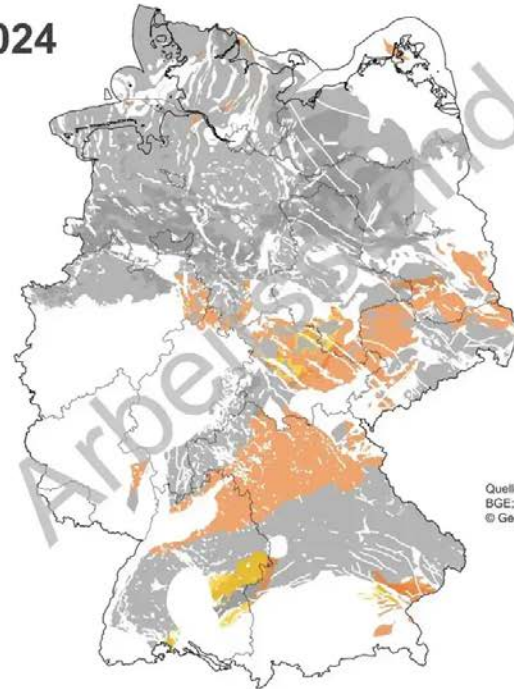
Schritt 2
Repräsentative
vorläufige
Sicherheitsanalysen

Standortregionenvorschlag
Ende 2027

Bundestags
beschluss

Arbeitsstände aus den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)

2024



Quelle:
BGE; Geodatenbasis
© GeoBasis-DE / BKG 2020

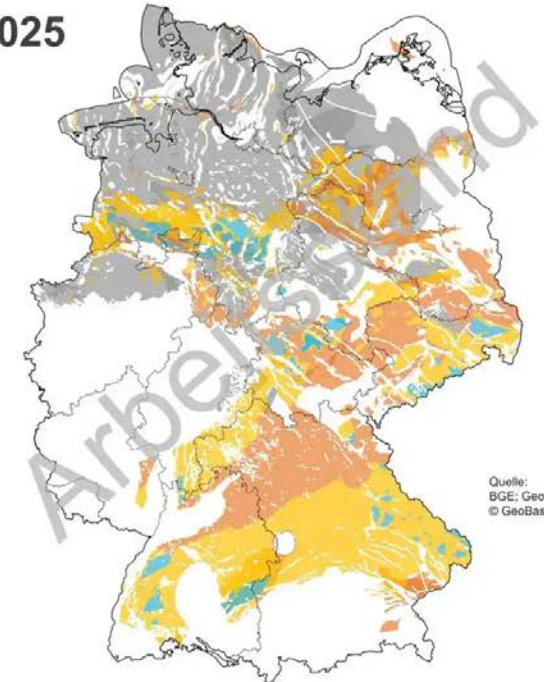
Gebiete im Rahmen der rvSU kategorisiert

- Orange: Kategorie D – Prüfschritt 1 nicht bestanden
- Yellow: Kategorie C – Prüfschritt 2 nicht bestanden

Gebiete noch in Bearbeitung

- Grey: noch keine Einordnung erfolgt

2025



Quelle:
BGE; Geodatenbasis
© GeoBasis-DE / BKG 2020

Gebiete im Rahmen der rvSU kategorisiert

- Orange: Kategorie D – Prüfschritt 1 nicht bestanden
- Yellow: Kategorie C – Prüfschritt 2 nicht bestanden

Gebiete noch in Bearbeitung

- Grey: Prüfschritte 1 und 2 der rvSU noch in Bearbeitung
- Blue: Prüfschritte 1 und 2 der rvSU weitgehend bestanden

Einführung: Das Standortauswahlverfahren – aktueller Stand

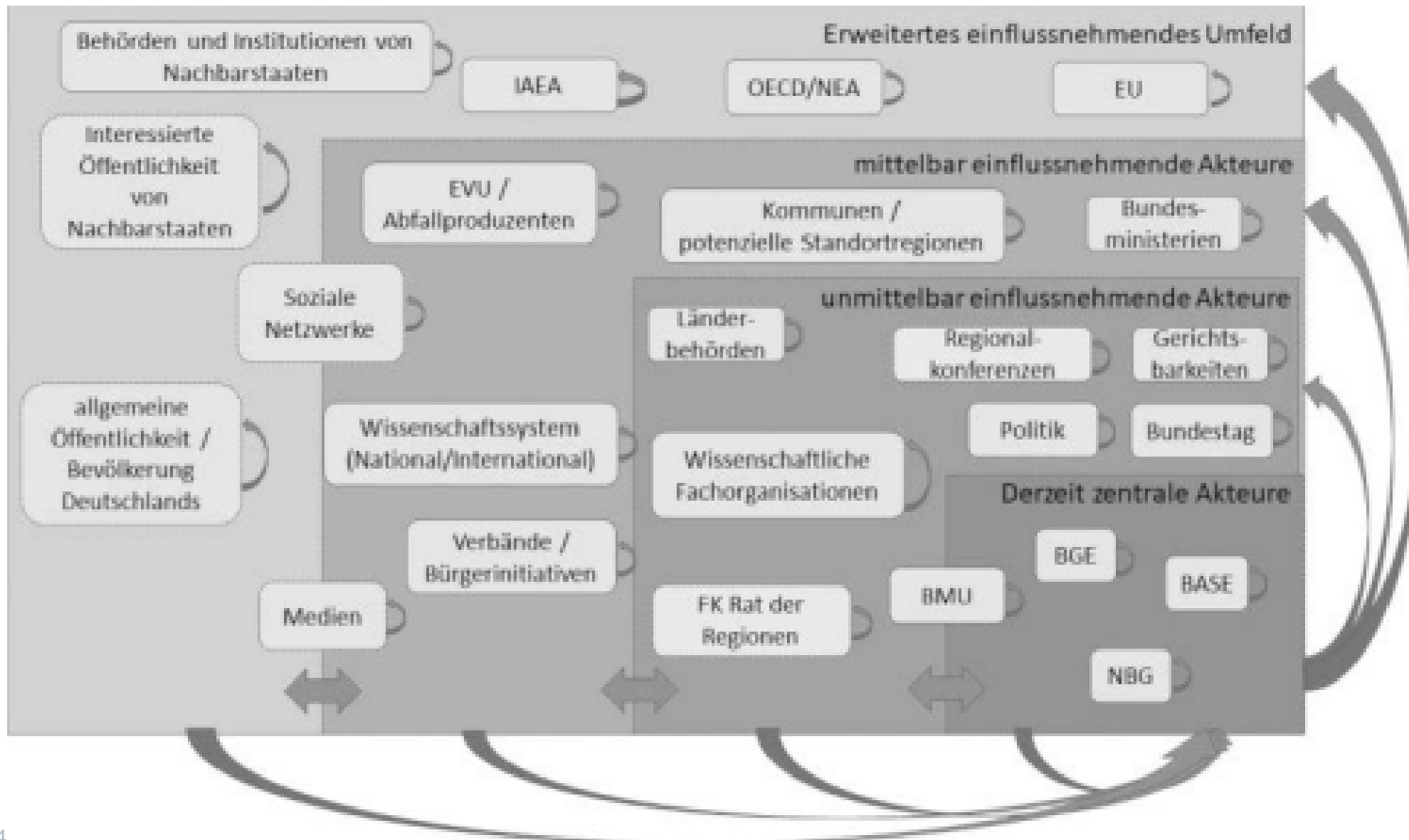
Phase I, Schritt 1: Identifizieren von Teilgebieten mit potenzieller Eignung

- Bereits früh gefühlte Betroffenheit und starke Erwartungen (z.T. eindeutige Partialinteressen)
- BGE identifizierte 90 Teilgebiete in 3 Wirtsgesteinen (davon 74 im Wirtsgestein Steinsalz)

Aktuell: Phase I, Schritt 2: Identifizierung von Standortregionen

- Einzelne Regionen wurden schon klassifiziert (<https://navigator.bge.de/phase-i-schritt-2/der-weg-zu-den-standortregionen>)
- Herausforderung: Identifizierung eines robusten Kriteriensets

Endlager-Governance in Deutschland - Akteursvielfalt



Quelle: Röhlig / Sträter 2022: 33

Endlager-Governance - Gelingensbedingungen

Kooperativer Politikstil erfordert Gelingensbedingungen

- “Checks und Balances”
- Transparenz
- Angemessener Umgang mit wissenschaftlichen Informationen
- Problemorientierte Einbeziehung relevanter Akteure/Stakeholder in Politik-Zyklus
- Fairness (geringe Macht-/Ressourcenunterschiede der Akteure)
- Interesse an partizipativen Prozessen bei allen Akteuren (Zivilgesellschaft, politische EntscheidungsträgerInnen, Wirtschaftsunternehmen)

Endlager-Governance – Regieren in Kontexten

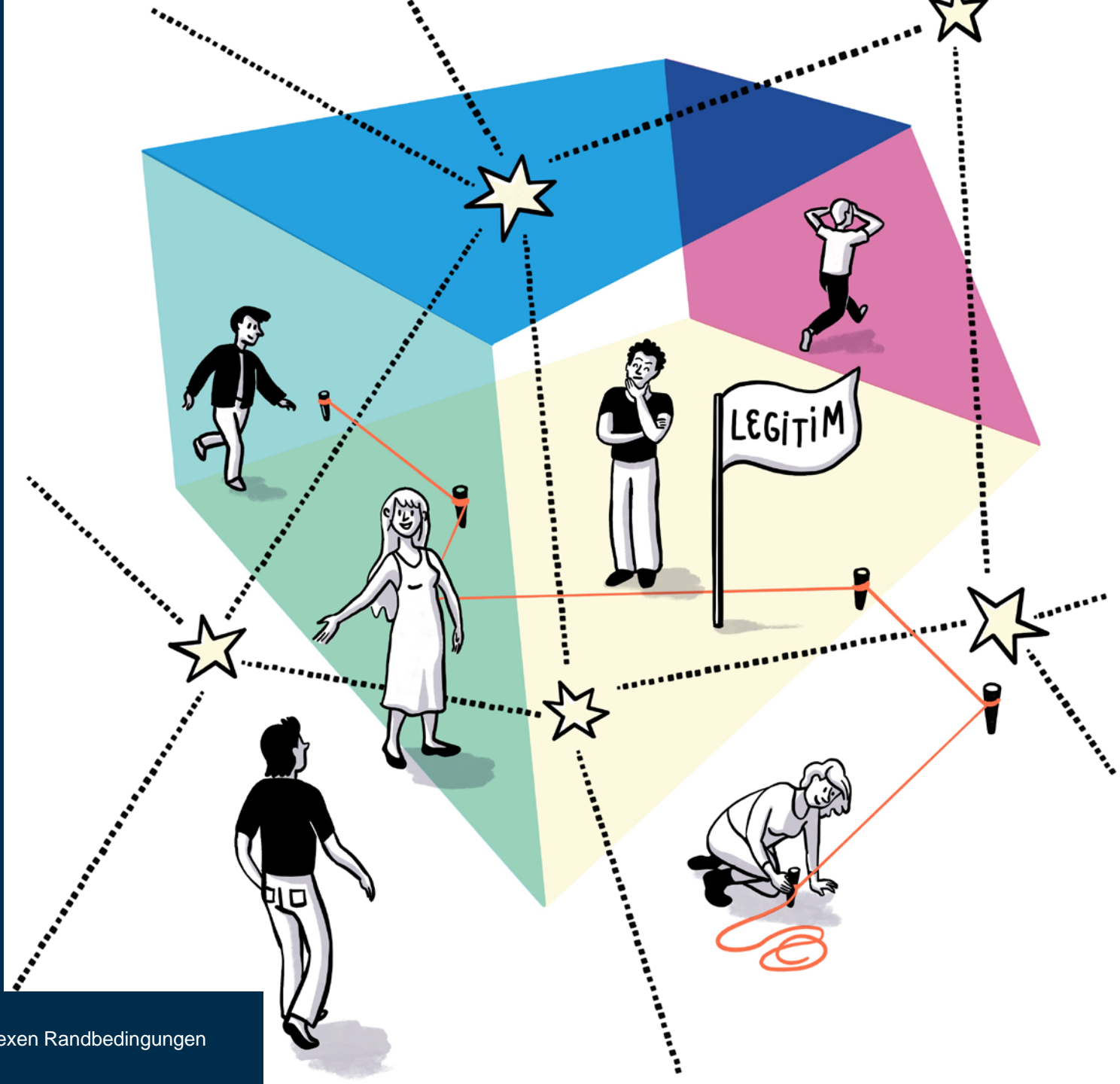
„Krise der Demokratie“ als eine häufig anzutreffende Gegenwartsdiagnose

- Polarisierung und Personalisierung von Politik
- Erhöhung der Unübersichtlichkeit und Polarisierung durch die Sozialen Medien
- neue Schärfe der politischen Dissense und „Spaltungen“
- Verschärft durch zögerliche Energiepolitik und Versuche, neue Politik-Blockaden zu errichten
- Berührt das die nukleare Entsorgung (hoch-)radioaktiver Abfälle?

Endlager-Governance – Regieren in Kontexten

- Die Qualität eines demokratischen Verfahrens wie dem Standort-Auswahlverfahren ist eine „Frage der partizipatorischen und rationalitätssteigernden Eigenschaften“ solcher Verfahren (Forst 2020: 28)
- Wiedererstarben eines reduktionistischen Politikbegriffs, der Gesellschaftswandel primär als technikgetriebenen Wandel versteht (aktuell Digitalisierung und auch Kernenergie / Fusion)
- Schwierigkeit der Gestaltung langfristiger Prozesse in auf Kurzfristigkeit angelegten Politiksystemen

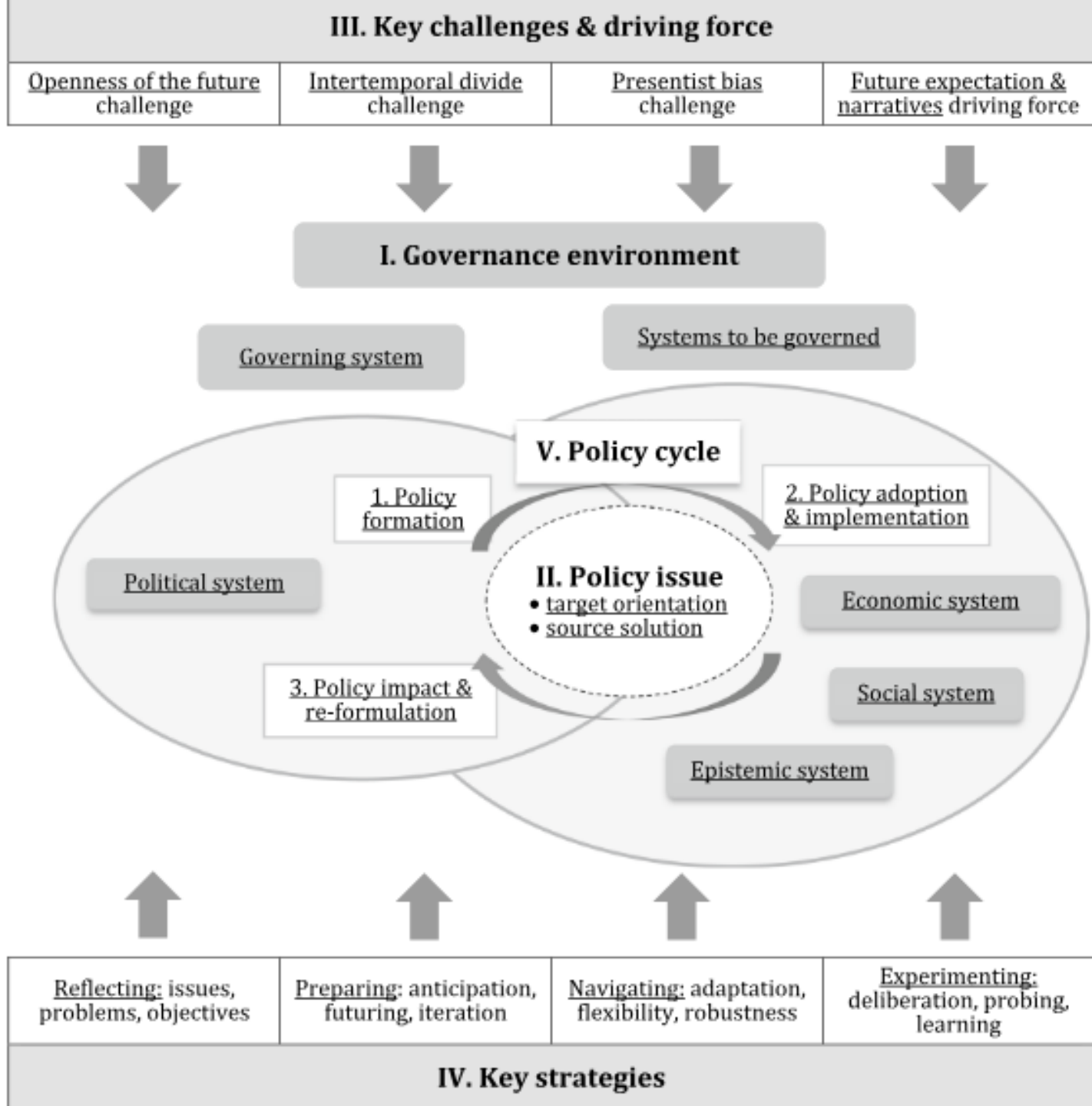
Herausforderung Zeit



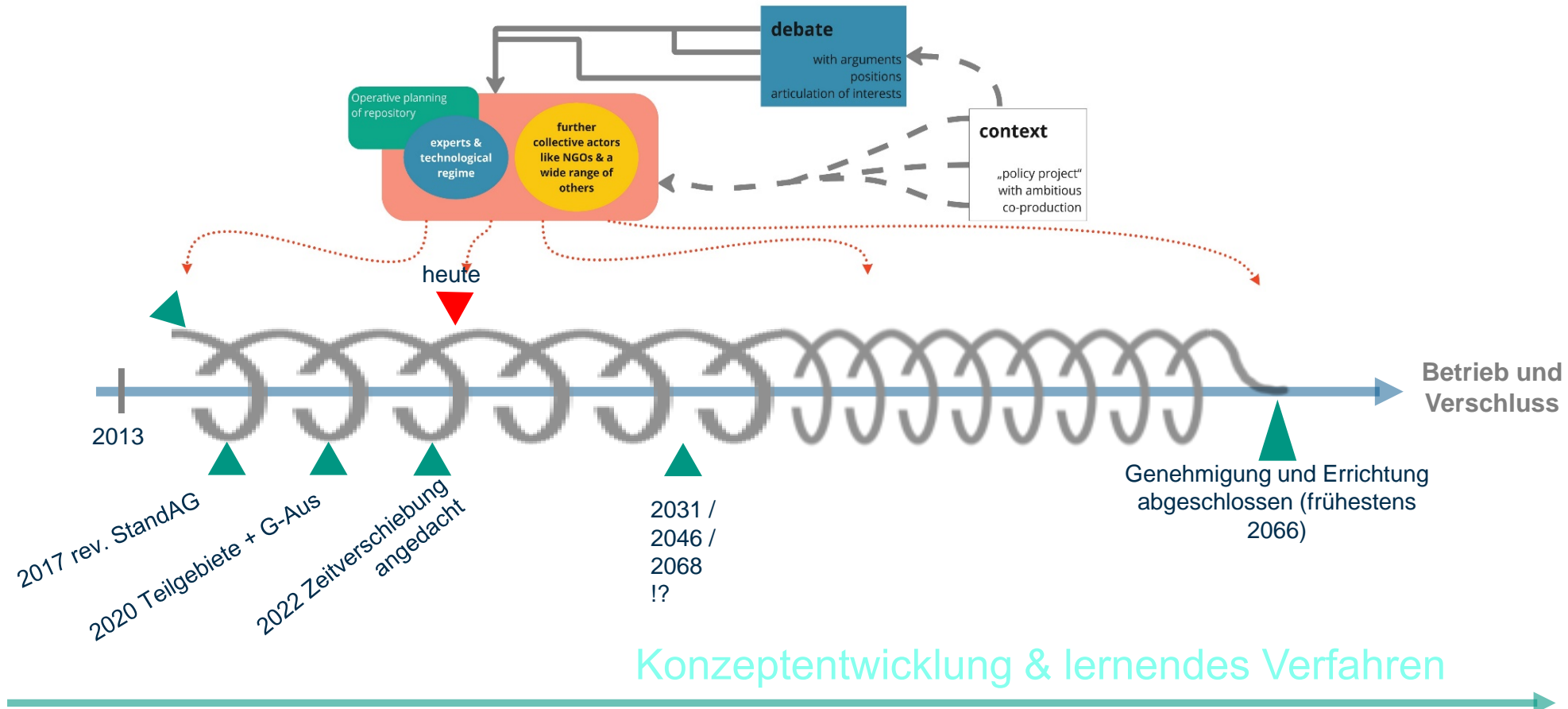
Long-term Governance - Definition

„... the most forward-looking and adequate political handling of large-scale, target oriented change processes. It requires long-term, integrated, comprehensive, and iterative learning efforts that combine the technical dimension with the organizational, social and economic ones” (Scheer et al. 2025)

Long-term Governance



Long-term Governance als lernendes Verfahren



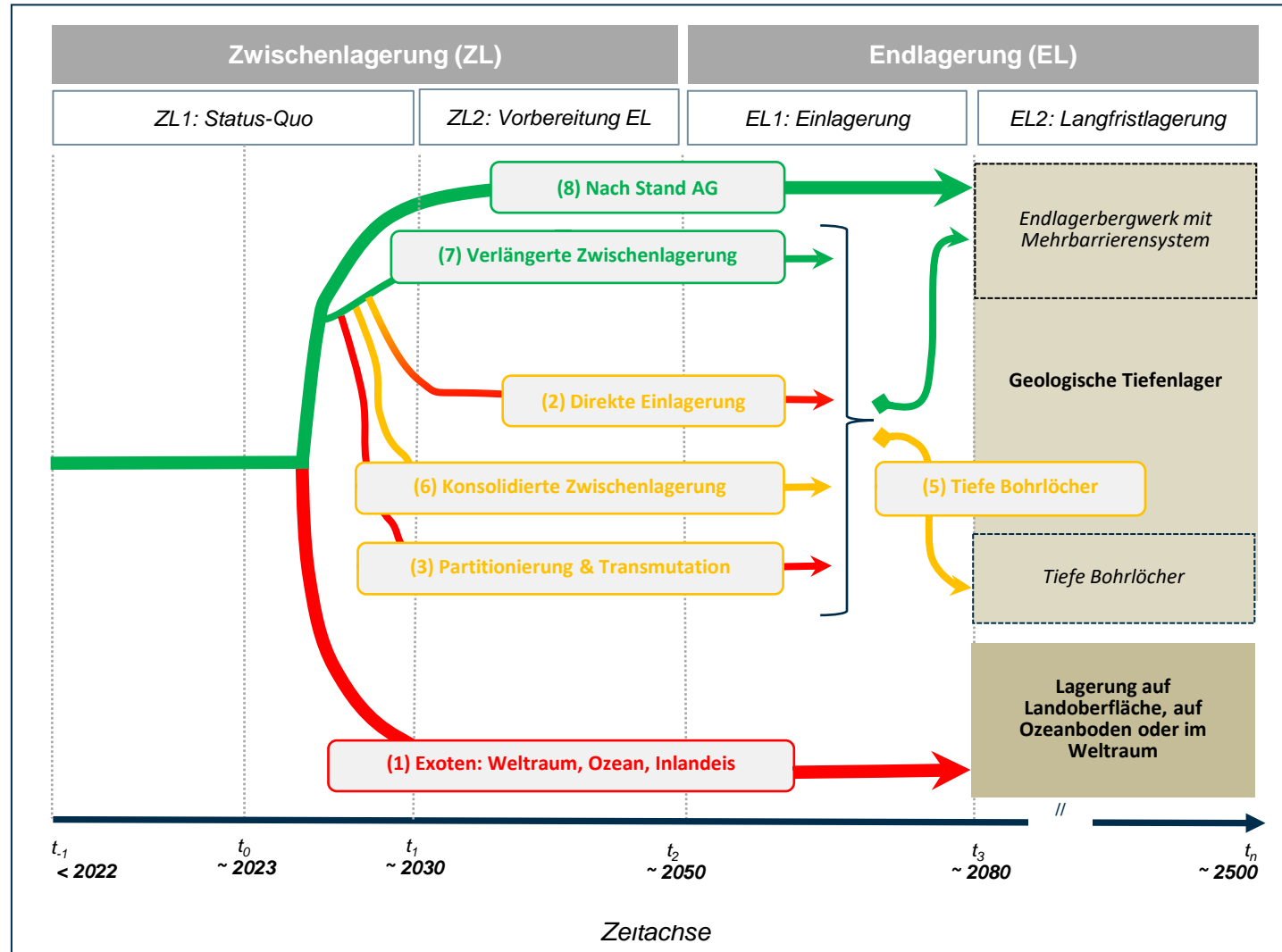
(Hocke / angepasst im Juni 2023, basierend auf Hocke 2016 und Kallenbach et al. 2018, S. 25)

(Hocke / angepasst im Juni 2023, basierend auf Hocke 2016 und Kallenbach et al. 2018, S. 25)

Gestaltungserwartung und Folgenreflexion

- Verweben einer technischen F&E-Leistung mit einem experimentellen Verfahren sowie neuen und alten sozialen Prozessen (ein „riesiges Realexperiment“, so ein Ex-MdB)
- Perspektiven von techniknaher Forschung (wie TA) zeigen dazu konzeptionell Alternativen auf (TRANSENS-Forschung zu Haltepunkten und Zukunftspfaden)

Gestaltungserwartung und Folgenreflexion



Erklärung:

- █ = wahrscheinlich & gut gangbar
- █ = plausibel & erkundbar
- █ = randständig
- █** = Hauptfad
- █** = Unterfad

(Quelle: Scheer et al. 2023)

Beraten und Entscheiden in Governanceprozessen



Beraten und Entscheiden in der Spätmoderne ...

- lebt von Unterscheidungen,*
- lebt von Argumenten,*
- lebt vom „Denken in Alternativen“ (Böschen / Grunwald et al. 2021: 18)*

Identifikation von Gestaltungs-möglichkeiten & „Gelingensbedingungen“ (vgl. Kuppler / Bechthold 2022: 32)

lebt nicht von „Stimmungen“ und „Narrativen“, aber von Austausch, Dialog und Interessenaggregation

Beraten und Entscheiden in Governanceprozessen



Governanceprozesse brauchen Raum und Foren, in denen spezifische Abwägungen stattfinden (können).

„faire Abwägungen zwischen Gemeinwohl-Belangen und Belangen“ eines selbstbestimmten Lebens (Habermas 2022c: 93)

Voraussetzung dafür:

„gemeinsame Meinungs- und Willensbildung in der politischen Öffentlichkeit“ (96)

Fazit

Governanceforschung richtet den Blick auf Kooperation und Koordination verschiedener Akteure in Entscheidungsfindungsprozessen

Besseres Verständnis für komplexes Zusammenspiel von Normen, Interessen, Handlungspraktiken, etc. verschiedener Akteure

Governanceansätze werden permanent neu ausgehandelt (z.B. informelle Beteiligung, Kriterienentwicklung, Transparenz)

Fachpolitiken sind nur im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu verstehen

Endlagerpolitik als Teil eines komplexen Transformationsprozesses

Zielkonflikte können nicht vermieden werden, sie sind Normalität in sich wandelnden Gesellschaften

Konflikte können zu neuen Entwicklungen führen, sie bergen technisches und soziales Innovationspotential

10. Ausgewählte Literatur

Brohmann, B. / Brunnengräber, A. / Hocke, P. et al. (2021): Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen, Bielefeld

Habermas, J. (2022): Was heißt "deliberative Demokratie"? Einwände und Missverständnisse. In: ders., Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin, S. 89-108.

Hill, H. (2022): Verwaltungshandeln und Veränderung der Lebenswelt.“ In: *DVBl H 20*: 1188–1193.

Hocke, P. (2016): Technik oder Gesellschaft? Atommüll als sozio-technische Herausforderung begreifen. In: A. Brunnengräber (Hg.): Problemfälle Endlager. Baden-Baden: 77-96.

Mayntz, R. (2009): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie. In: dies., Über Governance: 121-150

Kuppler, S. et al. (2016): Die Entsorgung radioaktiver Reststoffe als inter- und transdisziplinäre Herausforderung. Eine Einführung. In: U. Smeddinck et al. (Hg.): Inter- und Transdisziplinarität bei der Entsorgung radioaktiver Reststoffe. Wiesbaden: 1-8.

Radtke, J. et al. (2020): Doubt every crisis! Klimawandelleugnung in Zeiten der Pandemie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen H4 / 2020*: 815 ff.

Röhlig, Klaus-Jürgen; Sträter, Oliver (2022). Das „lernende“ Verfahren. In: Ulrich Smeddinck et al (Hg.): Das „lernende“ Standortauswahlverfahren für ein Endlager radioaktiver Abfälle. Stuttgart: free download: 29–41.

Ringvorlesung Kernenergie und Brennstoffkreislauf
Hannover

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
sophie.kuppler@kit.edu